



Kunstflug höchst fragwürdig sind. Insbesondere wird klar, daß die schneidige und schnelle Aussage des Ministers Scholz im Ramstein-Untersuchungsausschuß, in Nörvenich sei am 28. August 1988 kein Kunstflug durchgeführt worden, jeglicher Grundlage entbehrt.

Für den „Kunstflug“ fand die Kommission leider auch keine überzeugende Definition. Hier fehlte ihr offenbar der Mut, zwischen taktischen Erfordernissen und Show-Fliegerei (von der Hardthöhe verschämt als „Flugbetrieb zu Demonstrationszwecken“ verniedlicht) klar zu unterscheiden.

Auch zum Thema „Flugtage“ ist die Empfehlung der Kommission wenig überzeugend. Durch „taktische Demonstrationen“, die nach Aussagen der Kommission teilweise „früher zum klassischen Begriff Kunstflug zählten“, wird wieder die klare Grenze zum Kunstflug verwischt.

„Taktische Demonstrationen“ tragen sicher zu einer aufgeschlosseneren vom Dialog getragenen und freundschaftlichen Begegnung mit den Streitkräften nichts entscheidendes bei. Sie sind daher weitgehend überflüssig.

Wir Sozialdemokraten möchten die Begegnung der Streitkräfte mit dem Bürger in der Öffentlichkeit und in den Kasernen. Dies ist heute, da die Bundeswehr die schwerste Akzetanzkrise ihrer Geschichte erlebt, besonders wichtig. Die Begegnung mit dem Bürger muß von Offenheit, von der Darstellung des täglichen Dienstes und der Lebensumstände unserer Soldaten geprägt sein. Showeffekte, Zirkusnummern, überholtes Gepränge oder gar falsche Tradition passen nicht zu unserer Bundeswehr.

Wir wollen „Tage der offenen Tür“, bei denen sich die Soldaten an ihrem Arbeitsplatz selbst darstellen können. Dies gilt für alle Soldaten und nicht nur für eine selbsternannte Elite.

Wir lehnen gefährliche oder auf Show abzielende Vorführungen ab. Unsere Soldaten brauchen keine falsche Reklame. Die Luftwaffe hat nicht die Aufgabe, internationale Air-Shows zu kopieren.

Abgesehen davon, daß es nach Meinung der Sozialdemokraten keine Flugtage des bisherigen Typs mehr geben darf, ist es dennoch erforderlich, die Rechtsgrundlagen umfassend zu verbessern. Dies ist auch deshalb wichtig, weil sonst beispielsweise sogenannte „nicht-öffentliche Flugtage“ von den Alliierten veranstaltet werden können, die keiner Genehmigung bedürfen.

Deshalb fordern wir als Minimum folgende Verbesserung:

- Auch nicht-öffentliche Flugtage und sogenannte Vorübungen sind in das Genehmigungsverfahren voll mit einzubeziehen.
- Der Genehmigung muß eine eingehende Gefahrenprognose zugrundeliegen.
- Die Genehmigungspraxis für militärische und zivile Flugtage ist zu harmonisieren.
- In die Vorschriften sind wesentlich strengere Sicherheitsauflagen unverzüglich einzuarbeiten. Dies gilt insbesondere für die Standardisierungsabkommen in der NATO. (-/18.1.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**Handlanger von Rechtsextremen****Die Deutsche Bundespost stellt rechtsextremistische Agitation zu**

Von Thomas Schröer MdB  
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

In diesen Tagen wundern sich viele Mitbürger im Lande über eine Postsendung, die ihnen durch die Deutsche Bundespost zugestellt wird. Diese „Wurfsendung“ trägt anstelle einer Adresse die Anschrift „Persönliche Zustellung durch Ihren Postzusteller“. Ebenso fehlt die übliche Briefmarke mit dem Poststempel. Als Pseudofrankierung sieht man statt dessen das Brandenburger Tor und einen Stempellersatz mit der Aufschrift „Erst Deutschland... dann Europa“. Als Absender gibt sich Herr Gerhard Frey, der berühmte Herausgeber der „Deutsche(n) Nationalzeitung“, zu erkennen, der durch seine finanzielle Unterstützung rechtsextremer Gruppen „bekannt“ geworden ist. Der Inhalt des Briefes besteht aus rechtsextremem Propagandamaterial der DVU (Deutsche Volksunion).

Es kann nicht hingenommen werden, daß eine „Wurfsendung“ der rechtsradikalen DVU Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland durch die Deutsche Bundespost zugestellt wird. Das ist ein Skandal, macht sich die Deutsche Bundespost doch damit zum Handlanger von Rechtsextremisten. Dieses Propagandamaterial, welches von der Deutschen Bundespost zugestellt wird, ist gekennzeichnet durch einen erschreckenden Chauvinismus gegen Europa und schürt vehement die Ausländerfeindlichkeit. Die unter uns lebenden Ausländer werden in diesem Pamphlet als „Scheinasylanten“ und „Kriminelle“ gebrandmarkt. Dadurch, daß die Deutsche Bundespost sich zum Zusteller neonazistischer Propagandamaterials macht, muß sie auch die Verantwortung für die Folgen übernehmen, die sich durch eine Verbreitung rechtsradikaler Parolen wie: „Deutsche Politiker müssen endlich die Interessen des deutschen Volkes vertreten“ / „...Zuzug weiterer Millionen Türken in die Bundesrepublik lehne ich ab“ / „Ich bin für Ausländerbegrenzung“ / „Die Wiedervereinigung Deutschlands ist wichtiger als der Ausbau der EG“ ergeben.

Die Annahme dieser Wurfsendungen wurde zunächst von einigen Dienststellenleitern in NRW verweigert. Daraufhin wandte sich die DVU an das Bundespostministerium in Bonn. Die Bonner Bundesbehörde begutachtete das Material und wies die untergeordneten Dienststellen telegraphisch an, die „Wurfsendungen“ zuzustellen. Für den Bundespostminister Schwarz-Schilling enthält diese „Wurfsendung“ offensichtlich kein rechtsextremes Gedankengut. Denn nur so ist die Entscheidung des Bundespostministeriums zu erklären, das Propagandamaterial durch seine Behörde zustellen zu lassen.

Bei dieser Entscheidung hat die Deutsche Bundespost zwar ihr eigenes finanzielles Wohl berücksichtigt, dagegen aber das Wohl des Postzustellers nicht beachtet. Die psychologische Situation, die der Postzusteller bewältigen muß, wenn er - durch seine Treuepflicht als Beamter gebunden - in Wohngebieten mit einem hohen Anteil an ausländischen Mitbürgern, diese „Wurfsendung“ verteilen muß, scheint den Minister nicht zu interessieren. Die Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamten ist damit größtenteils verletzt worden.

Ich fordere den Bundespostminister auf, alles in seinen Kräften stehende zu tun, um diese Entwicklung zu stoppen und die Zustellung des rechtsradikalen Propagandamaterials durch Postbedienstete unverzüglich einzustellen und in Zukunft zu unterlassen.

(-/18.1.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Der Preisvorteil kann nicht ausschließliches Kriterium sein

Anmerkungen zur Kohle-Politik der Bundesländer

Von Horst Niggemeier MdB

Wenn sich die klassischen Parteien im Kohleland Nordrhein-Westfalen weiterhin den Luxus leisten wollen, auf die Wiederherstellung des erst kürzlich zerbrochenen Konsenses in der Kohlepolitik zu verzichten, werden die revierfernen Länder schon in den nächsten Wochen leichtes Spiel haben, sich aus ihrer finanziellen Mitverantwortung für die Aufrechterhaltung einer nennenswerten deutschen Kohleförderung zu verabschieden.

Die jüngsten Signale aus den Bundesländern gehen überdeutlich und unüberhörbar in diese Richtung, die der deutschen Kohle und damit den Menschen in den Städten der Bergbauregionen den Weg in eine hoffnungslose Zukunft weist.

Dabei ist es letztlich unerheblich für die nordrhein-westfälischen Zechenbelegschaften, ob die einen mit der linken Hand vorwurfsvoll auf die christdemokratischen Südlichter zeigen und deren Bestreben nach möglichst viel preiswerter Kernenergie als Ursache der Kohlekrise brandmarken, oder die anderen rechtshändig auf die sozialdemokratischen Nordlichter verweisen, deren besondere Vorliebe für die spottbillige Auslandskohle aus den entsprechenden Importstatistiken abzulesen ist und keinesfalls als Unterstützung für die deutsche Kohle aufgefaßt werden kann.

Diese Geschlossenheit von Nord- und Südlichtern ist allerdings nicht das Ergebnis einer gemeinsamen energiepolitischen Auffassung, sondern ergibt sich aus den Rechenregeln, die schon von altersher Adam Riese zugeschrieben werden. Schlicht gesagt: Es geht ausschließlich um Preisvorteile.

Wäre es nach 1945 ausschließlich nur nach diesen Rechenregeln gegangen, dann hätten kaum nennenswerte Kohlemengen je die nordrhein-westfälischen Landesgrenzen in Richtung Norden oder Süden überschritten. Nationale Gesamtverantwortung war es, die damals Sieger über den Rechenstift geblieben ist. Jetzt scheint es so, daß der ausgeprägte Eigennutz der revierfernen Bundesländer eine partielle Neudefinition nationaler Sicherheitsinteressen erforderlich machen wird. Schließlich läuft doch alles darauf hinaus, die deutsche Stromversorgung in Zukunft ohne einen wirklich nennenswerten nationalen Sicherheitssockel der heimischen Kohle als „sicher“ anzupreisen.

In Nordrhein-Westfalen bleibt also denen, die in Regierung und Opposition ihre jeweilige politische Verantwortung tragen, nicht mehr viel Zeit, sich in Bonn wieder als eine legitimierte Kohlefraktion darzustellen. Daß in Bonn genau die regieren, die in Düsseldorf in der Opposition sind, sollte dabei als ausbaufähiger Vorteil empfunden werden. Da auch die nordrhein-westfälische CDU den revierfernen Bundesländern den Ausstieg aus der Steinkohle zutraut, bleibt richtig, was die Vize-Vorsitzende Christa Thoben von der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion so ausgedrückt hat: „Gerade wegen dieser Befürchtungen müssen wir uns um einen neuen Konsens bemühen.“ Die Zeit drängt, sich dieser Aufgabe sofort zu stellen. (-/18.1.1989/vo-he/rs)

**DOKUMENTATION**

---

Karsten D. Voigt: Westintegration contra Wiedervereinigung

---

Der Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, Karsten D. Voigt trug auf der Arbeitstagung der Deutschen Burschenschaften am 14. Januar 1989 in Berlin Thesen zu „Vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland - Westintegration contra Wiedervereinigung“ vor, die wir im Wortlaut dokumentieren.

1. Für Konrad Adenauer waren vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR die Verhinderung und nach deren Gründung die Überwindung der Spaltung Deutschlands kein vorrangiges staatspolitisches Ziel. Vorrangig war für ihn die Abwehr einer ideologischen, gesellschaftspolitischen und machtpolitischen Einflußnahme der Sowjetunion auf den westlichen Teil Deutschlands. Die Abwehr dieser Gefahr aus dem Osten beherrschte sein Denken und Handeln. Ihr sollte vor allem durch die politische, ökonomische und militärische Integration in den Westen begegnet werden. Die Einheit Deutschlands war für ihn demgegenüber nachrangig. Diese andere Priorität wurde durch nationale Sonntagsreden verschleiert.

Ob eine andere Politik die Teilung Deutschlands hätte verhindern können, darüber streiten heute die Historiker. Sicher ist, daß die Verhinderung und Überwindung der Teilung Deutschlands für die SPD damals eine wesentlich höhere Priorität als für die CDU/CSU besaß. Die hohe deutschlandpolitische Priorität war der entscheidende Grund für die damalige Ablehnung des Beitritts zur NATO und zur EWG durch die SPD. Ich selber habe als Schüler die SPD immer als weniger nationalistisch auch mehr patriotisch als die CDU/CSU empfunden.

2. Eine aktive Deutschlandpolitik muß heute von den heute bestehenden Realitäten und Verträgen ausgehen. Hierzu gehört die Existenz zweier gleichberechtigter deutscher Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Hierzu gehören ebenso die Westverträge, wie Mitgliedschaft zur NATO und EG aber auch Ostverträge wie insbesondere der Grundlagenvertrag und die Verträge mit der UdSSR, der Volksrepublik Polen und der CSSR.

Deutschlandpolitik sollte sich heute nicht zum Ziel setzen, Fortschritte bei der westeuropäischen Integration zu verzögern oder zu blockieren sondern Fortschritte in der westeuropäischen Integration mit einer umfassenden Öffnung Westeuropas für eine Zusammenarbeit mit den Staaten Ost- und Ostmitteleuropas zu ergänzen. Die EG muß aus einem ursprünglichen Bollwerk gegenüber Osteuropa zu einem Partner der osteuropäischen Staaten werden. Aus einer früheren Abwehrhaltung muß eine künftige Angebotshaltung werden. Europa endet nicht an den Grenzen der EG, und die Grenzen der EG müssen für die übrigen Staaten des KSZE-Europas auch wirtschaftlich und technologisch durchlässiger werden.

Wenn die in Osteuropa begonnenen Reformen um sich greifen, dann wird aus einem Europa der antagonistischen Konfrontation ein Europa der pluralistischen Zusammenarbeit entstehen können. Das wird die Spaltung Europas aber auch die Spaltung zwischen den beiden deutschen Staaten abbauen helfen. Ihre Überwindung im Rahmen einer Europäischen Friedensordnung bleibt das Ziel.

3. Die NATO ist ein Mittel zum Zweck, kein Selbstzweck. Ihr Zweck ist der Schutz unserer Freiheitsrechte vor einer möglichen äußeren Bedrohung. Wenn dieser Zweck durch Abrüstung und Demokratisierung in Osteuropa mit anderen Mitteln zu erreichen ist, wird sie überflüssig. Das wäre dann die Europäische Friedensordnung. Hierauf zielt unser Konzept der Gemeinsamen Sicherheit. Wer wie Bundeskanzler Kohl die NATO als Ausdruck der Staatsräson ideologisch überhöht, kann logischerweise die auch durch das Gegeneinander militärischer Blöcke bedingte Spaltung Europas nicht als zeitlich bedingt und als künftig politisch überwindbar ansehen.

Unsere Politik in der NATO darf es nicht sein, diesen reformerischen Wandel hin zu einer Europäischen Friedensordnung zu bremsen oder gar zu blockieren. Im Gegenteil! Es entspricht den deutschen Interessen zum Vorreiter einer schrittweisen Entmilitarisierung der Ost-West-Beziehungen zu werden. Die Politik der NATO muß sich von einem Vorrang der Abschreckung zu einem Vorrang der abrüstungspolitischen Initiativen verändern. Eine funktionsfähige Bundeswehr hat in dieser Situation, in der keinerlei Anzeichen für irgendwelche sowjetischen Angriffsabsichten erkennbar sind, die positive friedenspolitische Funktion, die sicherheitspolitische Stabilität beim Wandel in den Ost-West-Beziehungen zu gewährleisten.

Hierzu gehören auch regelmäßige Kontakte des Verteidigungsministers und führender Militärs mit den entsprechenden osteuropäischen Partnern, also auch mit Verteidigungsminister Keßler und der NVA. Wer die politische Funktion der Bundeswehr einseitig auf ihre Abschreckungswirkung fixiert, trägt in einer Phase der Entspannung in den Ost-West-Beziehungen zu ihrer gesellschaftspolitischen Isolierung und damit auch zu einer Krise im beruflichen Selbstverständnis unter den Soldaten bei.

4. Fortschritte bei der Entmilitarisierung in den Ost-West-Beziehungen und eine Demokratisierung osteuropäischer Staaten verändern die bisherigen Grundkonstanten der europäischen Nachkriegspolitik. Sie tragen faktisch zur Verringerung der Spaltung Europas und zwischen den beiden deutschen Staaten bei: Ihre Überwindung bleibt das Ziel. Ob, wann und in welcher Form dieses Ziel erreicht werden kann, ist heute noch unklar. Keinen Zweifel aber kann es meines Erachtens daran geben, welche Richtung eine deutsche Politik einschlagen muß, die uns diesem Ziel näherbringt.

(-/18.1.1989/vo-he/rs)